

der Gesetzentwurf mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linke gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

8 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1269

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/1520

zweite Lesung

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Ich weise darauf hin, dass die Fraktion der CDU die Durchführung einer dritten Lesung und Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1520**, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1269 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mit Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke **angenommen**.

Wir müssen diesen Gegenstand noch rücküberweisen. Es geht um den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1269. Ich habe eben darauf hingewiesen, dass in dritter Lesung die Beratung am 18./19. Mai vorgesehen ist. Dazu ist eine Rücküberweisung notwendig. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Rücküberweisung** mit den Stimmen von Abgeordneten aller Fraktionen **erfolgt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

9 Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte – Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1682

Ich eröffne die Beratung und gebe für die Fraktion Die Linke der Frau Abgeordneten Dr. Butterwegge das Wort.

(Beifall von der LINKEN)

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser heutiger Antrag greift die seit Jahren von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Initiativen geforderte Einführung eines landesweiten Sozialtickets auf.

Er ist brandaktueller denn je, da ja, wie die heutige Presse berichtet, selbst das seit Jahren angekündigte Sozialticket für den VRR nun vor dem Aus steht. Seit Jahren steigen die Preise für den öffentlichen Personennahverkehr beständig, die Einkommen gehen zurück, immer mehr Menschen fallen in Hartz IV, die Zahl der Armen – ob mit oder ohne Arbeit – steigt. Gerade Erwerbslose sind in ihrer Mobilität eingeschränkt. Das ist politisch auch so gewollt, was nicht nur der viel zu geringe Hartz-IV-Regelsatz ausdrückt, sondern auch die faktische Residenzpflicht gegenüber dem eigenen Wohnort bzw. dessen Jobcenter.

Für uns Linke ist Mobilität aber ein Menschenrecht,

(Beifall von der LINKEN)

dessen Inanspruchnahme jedem auch faktisch möglich sein muss, und zwar unabhängig vom Beschäftigtenstatus und der Einkommenslage. Deswegen tritt Die Linke für ein Sozialticket ein als einen Weg dahin, damit die Grundrechte auf Mobilität und soziale Teilhabe auch tatsächlich eingelöst werden können.

(Beifall von der LINKEN)

Auch aus umwelt- und energiepolitischen Motiven wollen wir dieses Sozialticket. Es ist ein aktiver Beitrag zum Ausstieg aus der Autogesellschaft. Von der Einführung eines Sozialtickets profitieren alle – die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und insbesondere auf dem Land. Die Einführung eines solchen Tickets würde auch deutlich machen, dass das Land das Bedürfnis nach Mobilität für alle politisch unterstützt. Das ist gerade für ländliche Regionen und gegen die dort stattfindenden Streckenstilllegungen und Fahrtaktausdünnungen im ÖPNV ein starkes und wichtiges Signal.

Nun hat die Landesregierung mit dem Haushalt 2011 erstmals Mittel für ein Sozialticket bereitgestellt. Wir begrüßen das im Grundsatz, doch über das von Ihnen vertretene Anreizmodell werden wir noch diskutieren müssen; das ist einfach viel zu wenig.

(Beifall von der LINKEN)

Sie werden dadurch den Flickenteppich an sozialen Dienstleistungen noch vergrößern und stehlen sich damit aus Ihrer Verantwortung, gleichwertige Lebensverhältnisse zu garantieren. Zudem haben Sie noch überhaupt nicht die grundsätzlichen Bedingungen geklärt. Was ist beispielsweise mit Kommu-